Die Nazis als Erziehungsobjekt

Wir haben bereits mehr als einmal darauf hingewiesen, daß das Zentrum als die führende und ausschlaggebende Partei der Bourgeoisie bei der Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland, nachdem sie die Erziehung der Sozialdemokratie zur bedingungslosen Tolerierung der Notverordnungspolitik Brünings mit vollem Erfolg beendet hat, sich der gleichen Aufgabe gegenüber den Nazis zuwendet. Das, was man immer häufiger in der Unternehmerpresse unter dem Schlagwort „Kanalisierung der nationalsozialistischen Bewegung" propagiert findet, bezeichnet eben diese Aufgabe, die Nationalsozialisten von den letzten Resten ihrer antikapitalistischen Demagogie zu säubern, um nicht nur ihre Führer, die ihre Abhängigkeit vom Finanzkapital durch die systematische Ausmerzung aller scheinsozialistischen Agitationsphrasen und durch endlose Legalitätsbeteuerungen beweisen müssen, sondern vor allem die Anhänger der Nationalsozialisten zu bedingungslosen Verteidigern des kapitalistischen Systems gegen die drohend wachsende Welle des Bolschewismus zu erziehen. Diese Erziehungsarbeit ist mindestens ebenso schwer wie die Erziehungsarbeit gegenüber der Sozialdemokratie gewesen ist. Denn stimmungsmäßig sind die breiten Massen der Anhänger der Nationalsozialisten, deren große Mehrzahl sich immer noch aus den proletarisierten Mittelschichten zusammensetzt, gegen das System eingestellt, das sie ins Elend stieß und das heißt im Grunde, wenn auch unklar, antikapitalistisch eingestellt. Die Bourgeoisie weiß sehr wohl, daß darin bei weiterer Zuspitzung der Krise und beim Anwachsen der Verzweiflungsstimmung der Opfer des kapitalistischen Systems eine Gefahr für die Herrschaft der Bourgeoisie entsteht, die ganz gewiß von den Führern der Nazis nicht gewollt ist, aber über ihre Köpfe hinweg zu einer Revolutionierung der Nazi-Anhänger führen kann.

Es ist kein Zufall, daß sich gerade in den letzten Tagen nicht nur bei der Debatte über die Koalitionsfähigkeit der Nazis für das Zentrum in Hessen diese Bemühungen der Erziehung des nationalsozialistischen Anhangs im rein kapitalistischen Sinne verstärken. Die Rede, die der Reichsfinanzminister Dietrich auf der süddeutschen Demokratentagung gehalten hat, ist ganz auf diesen Ton abgestimmt. Gleichzeitig läßt das Zentrum die hessischen Nazis wissen, daß eine Koalition nur dann in Frage komme, wenn die Innen- und Außenpolitik Brünings von ihnen bedingungslos unterstützt werde. Das bedeutet aber die gleiche Forderung der bedingungslosen Verteidigung der kapitalistischen Politik gegen jede antikapitalistische Stimmung der Opfer dieses Systems.

Nichts ist dabei falscher als das, was die sozialdemokratische Presse zur bewußten Täuschung ihrer Anhänger aus diesen Auseinandersetzungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten herauszukonstruieren versucht: Nämlich den „Kampf Brünings gegen den Faschismus". Das Gegenteil ist richtig. Gestützt auf die faschistische Bewegung der NSDAP als letztes Bollwerk gegen den Bolschewismus, gestützt zugleich auf die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften als soziale Hauptstütze der finanzkapitalistischen Diktatur will Brüning regieren. Daß das in Wirklichkeit die gefährlichste Form der faschistischen Politik ist, und daß die Verschleierung dieser Tatsache durch die SPD-Führer der beste Hilfsdienst für den Faschismus bedeutet, das haben wir an dieser Stelle in der letzten Zeit oft genug betont.

Klar und eindeutig hat das Organ des Herrn Brüning, die Germania, in ihrer Antwort auf Hitlers Neujahrsartikel, in dem sich der Prophet des „Dritten Reiches" als „Retter vor dem Bolschewismus" anbiedert, ausgesprochen, als sie von der großen Gefahr sprach, daß

> ihre eigenen Mitglieder (der NSDAP), soweit sie den Kreisen der politisch Entwurzelten entstammen, schneller eine Beute der bolschewistischen Agitation werden, als Hitler heute mehr haben will."

In diesem Zusammenhang hat ein Artikel der Berliner Börsen-Zeitung vom 5. Januar 1932 eine besondere Bedeutung. In diesem Artikel, der sich mit den Neujahrsbetrachtungen des Organs der sächsischen Nazis, des „Freiheitskampfes", beschäftigt und vor „gefährlichen Teilerscheinungen oder Krankheitssymptomen in der NSDAP" warnt, wird festgestellt, daß das, was der „Freiheitskampf" am 29. Dezember in einem Artikel über die wirtschaftliche Lage Deutschlands schreibt, „ebensogut in der Roten Fahne oder im Vorwärts (!) hätte stehen können." Empört schreibt das Organ der Berliner Börsianer, das seit Jahr und Tag die Herbeinahme der Nazis in die Regierung propagiert, über diesen Artikel des „Freiheitskampf":

> „Es wird notausgelegt, daß die Lebenslage aller Schaffenden sich noch weiter verschlechtern würde. Es würde Arbeitszeitverlängerung auf der einen Seite, Massenarbeitslosigkeit auf der anderen Seite und Lohnabbau geben. Das wird als ein „Generalangriff auf breitester Grundlage gegen die Lebensrechte der deutschen Arbeiter" bezeichnet. Träger dieses Generalangriffs sei natürlich der „Kapitalismus". Die Nationalsozialisten seien „geschworene Feinde dieses heute bestehenden kapitalistischen Staats- und Wirtschaftssystems", gegen das sie „unter Einsatz des Lebens" kämpfen würden. Auch den Streik als Waffe gegen den Kapitalismus werde der Nationalsozialismus bejahen. Wenn ein solcher Unsinn in einem kommunistischen oder sozialdemokratischen Parteiblatt steht, spricht man gar nicht darüber. Als bedauerlich und verantwortungslos aber muß es bezeichnet werden, wenn ein nationalsozialistisches Parteiorgan vernunftwidrigen Klassenkampf mit den abgedroschenen Mitteln des Marxismus betreibt und seinen Lesern gegenüber behauptet, das „kapitalistische Wirtschaftssystem", also der deutsche Unternehmer, sei an der Arbeitslosigkeit schuld, statt den Unwissenden die Wahrheit zu sagen: daß der marxistische Einfluß im nachnovemberlichen Deutschland die Wirtschaft schmählich mißhandelt und ihres Selbstbestimmungsrechtes weitgehend entäußert hat und daß es das System der verruchten Tribute ist, das die Hauptschuld an dem Elend des deutschen Arbeiters trägt."

Aus jeder Zeile dieses Ergusses spricht die blasse Angst vor der zwar ungewollten, aber unausbleiblichen Folge einer solchen demagogischen, scheinbar antikapitalistischen Propaganda der Nazis. Selbstverständlich denkt niemand in der Redaktion des „Freiheitskampf" daran, den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen. Selbstverständlich werden diese scheinsozialistischen Phrasen nur deshalb gedroschen, um aus der Verzweiflungsstimmung der durch das System ruinierten Zwischenschichten Kapital für die nationalsozialistische Bewegung zu schlagen und um damit diese Verzweiflung in Wirklichkeit zur Erhaltung des finanzkapitalistischen Systems zu mißbrauchen, das die Ursache dieser Verzweiflung ist.

Aber klarer als die Nichts-als-Demagogen der Nazipresse erkennt das Unternehmerorgan die Gefahr einer solchen Hemmungslosen Demagogie, die nur allzu leicht dahin führen kann, daß die verzweifelte Stimmung der Nazianhänger über das Ziel, das die nationalsozialistischen Führer wollen, hinausschießt und sich anstatt für die Erhaltung des kapitalistischen Systems zu wirken, gegen dieses System wendet. Die besondere Bedeutung dieses Artikels der Berliner Börsen-Zeitung wird von dem Blatt selbst dadurch unterstrichen, daß der Verfasser darauf hinweist, daß

> „wer wie wir der Auffassung ist, daß die in der nationalsozialistischen Bewegung steckende Kraft positiv für die Reichspolitik ausgenutzt werden muß, das Recht und die Pflicht habe, auf diese gefährlichen Krankheitserscheinungen der nationalsozialistischen Bewegung hinzuweisen".

Damit wird zugleich bewiesen, wie wenig diese Auseinandersetzungen mit dem von der SPD erfundenen „Kampf der Brüning-Parteien gegen den Faschismus" zu tun hat, wie es vielmehr ausschließlich darum handelt, den Erziehungsprozeß an den Nationalsozialisten zu bedingungslosen Verteidigern des kapitalistischen Systems zu vollenden.

Aber die Nuß, die die Bourgeoisie hier zu knacken hat, ist so hart, daß sie sich auf die Dauer daran die Zähne ausbeißen muß. Der Widerspruch der wirtschaftlichen Interessen einerseits der großen Masse der proletarischen Nazi-Anhänger, andererseits der vom Finanzkapital bestochenen und gekauften Führer der nationalsozialistischen Bewegung kann auf die Dauer nicht überbrückt werden. Die Kluft zwischen den Klasseninteressen der Ausgebeuteten und der Ausbeuter, die die von den Gewerkschaften propagierte „eiserne Front" der Tolerierungspolitiker vollzieht auch den Riß in der nationalsozialistischen Bewegung.

Und je vollkommener der Erziehungsversuch Herrn Brünings an Nazis und SPD gelingt, desto rascher wachsen die Voraussetzungen zur Zerstörung des Masseneinflusses dieser beiden Stützen der finanzkapitalistischen Diktatur. Und desto besser werden die Bedingungen für die klare Herausarbeitung der Klassenfront der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter, in der allein der Sieg des Sozialismus über das kapitalistische System erkämpft werden kann.

Es ist diese Dialektik der Entwicklung, die die Kommunistische Partei als den Vortrupp im proletarischen Befreiungskampf bei der Durchführung ihrer richtigen Klassenpolitik zum endgültigen Sieg verhilft.

Die Elendsziffern steigen an

5666000 Erwerbslose im Reich, 673480 in Sachsen / Arbeit und Brot bringt nur der Sozialismus

Der Arbeitsmarkt zeigte am Jahresende das Bild der weiter fortschreitenden Krise. Die Erwerbslosigkeit steigt weiter an und bringt immer größere Massenverelendung. Die Zahl der Erwerbslosen im Reiche belief sich am 31. Dezember auf 5 666 000, ist also um 318 000 gegenüber Mitte Dezember gestiegen. Gegenüber dem Vorjahre, wo am Jahresschluß 4 284 000 Erwerbslose zu verzeichnen waren, bedeutet das eine Zunahme von 1 282 000. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung betrug am 31. 12. 1 842 000, in der Krisenfürsorge 1 586 000, so daß fast 2½ Millionen Erwerbslose Wohlfahrtsunterstützung erhalten bzw. ohne jede Unterstützung dem Elend preisgegeben sind.

Für Sachsen befindet sich die Erwerbslosenziffer weiter auf stark ansteigender Linie. In der Zeit vom 15. bis 31. Dezember wuchs die Zahl der Erwerbslosen um 40 695, von 632 785 auf 673 480, also um 6,4 Prozent. An der Steigerung sind besonders stark beteiligt Textil-, Glas- und Metallindustrie. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung stieg um 13 151 auf 156 470 oder 9,2 Prozent, die der Krisenempfänger um 4705 auf 169 236 oder 2,9 Prozent.

Diese Elendszahlen spiegeln die ganze Tiefe der Krise des kapitalistischen Systems wieder, das seinen Lohnsklaven keine Existenzmöglichkeiten mehr bieten kann. Die Ausweglosigkeit des Kapitalismus wird immer offenbarer.

Wie ein Fels im Meer steht die Sowjetunion, wo sozialistische Planwirtschaft täglich neue Industrieriesen aus der Erde kampft, wo nicht nur die Arbeitslosigkeit vollkommen abgeschafft ist, sondern immer neue Massen ausländischer Arbeiter Lohn, Brot und Freiheit finden.

Oberschlesische Bergarbeiter streiken

Hindenburg, 7. Januar. (Eig. Meldung.)

Gestern vormittag trat die Belegschaft der Solnitza-Grube in den Streik. Zwei Funktionäre der RGO wurden von der Direktion entlassen. Auf der Concordia-Grube und auf der Königin-Luise-Grube ist ein Teil der Belegschaft nicht eingefahren.

In Michowitz fand eine öffentliche Belegschaftsversammlung der Preußen-Grube statt, die einstimmig eine Entschließung gegen jeden Lohnabbau annahm. Ein Diskussionsredner, der zum Streik aufgefordert hatte, wurde aus dem Saal heraus verhaftet.

Hamburger Kohlenwerke im Streik

Heute morgen nahm die Belegschaft der Hamburger Kohlen- und Kokswerke Stellung zum Streik gegen den durch Notverordnung diktierten Lohnabbau. Von allen Rednern wurde die Aufnahme des Kampfes gefordert.

Der Kampfausschuß führte, um ein absolut objektives Bild über den Willen der Belegschaft zu erfahren, eine Geheimabstimmung durch. Die sofortige Aufnahme des Streikes wurde mit 121 gegen 41 Stimmen, bei fünf ungültigen Stimmzetteln beschlossen. Die Belegschaft verließ darauf geschlossen den Betrieb. Leitererfolge durch Kampf.

Streik der Gemeindearbeiter in Aachen

Die Arbeiter der Müllverwertung der Stadt Aachen sind erneut in den Streik getreten. Am 4. Januar hatten die Arbeiter der Straßenreinigung die Arbeit niedergelegt. Ebenfalls am 4. Januar haben die Notstandsarbeiter auf den Baustellen die Arbeit niedergelegt.

Neue Streiks in Solingen

Die etwa 230 Mann starke Belegschaft der Firma Rasch AG steht seit gestern geschlossen im Streik. Etwa 25 Kollegen sind der Aufforderung zum Streik nicht nachgekommen, wurden aber von der Firma als nicht verwendbar zurückgewiesen. Die Abteilung Gießerei der Firma Kalpe hat mittags geschlossen den Betrieb verlassen. Da die Gießerei eine ausschlaggebende Abteilung der Firma ist, dürfte sich der Streik in den nächsten Tagen weiter ausdehnen.

Volksgemeinschaft Nazi-SPD für Hindenburg

Hitler wird von Brüning empfangen . Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs . SPD-Presse jubelt über Hitlers Bündnis mit Hindenburg . Alarmruf der KPD zur Einheitsfront der Arbeiter

Berlin, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Reichsregierung hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der eine Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs um zwei Jahre vorsieht. Da es sich hierbei um ein verfassungsänderndes Gesetz handelt, bedarf es zu seiner Annahme einer Zweidrittelmehrheit. Aus diesem Grunde wurden vorgestern und gestern vom Reichskanzler Brüning in Anwesenheit des Reichswehr- und Innenministers Groener die Führer der beiden Flügelparteien der faschistischen Kapitalsdiktatur, Adolf Hitler, und die Sozialdemokraten Wels und Breitscheid empfangen. Die Besprechung mit Hitler nahm zirka 1½ Stunden in Anspruch. Der Heros des „Dritten Reiches" benutzte nämlich den Empfang gleichzeitig zur Erörterung der für ihn sehr wichtigen Frage der Postenbesetzung. Herr Hitler hat sich seine endgültige Stellungnahme bis nach der Besprechung mit Hugenberg vorbehalten, aber nicht prinzipiell abgelehnt. Gestern abend wurden auch Wels und Breitscheid zur Besprechung der Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs empfangen, die ohne jede Vorbedingung der Durchführung dieses faschistischen Handstreiches auf legalem Wege zustimmten.

Die Tatsache der Beratung sowohl Hitlers als auch Wels zu Brüning kennzeichnet die Rolle beider Flügelgruppen des Faschismus. Herr Hitler hat bereits, wie die deutsch-volksparteiliche Zeitungskorrespondenz auszuplaudern wagt, durch einen Neujahrswunsch seine Ergebenheit Herrn Hindenburg gegenüber zum Ausdruck gebracht. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Betonung der grundsätzlichen Bereitschaft der NSDAP, die Hindenburg-Brüning-Diktatur auch offen zu unterstützen.

Praktisch hat sich ja die NSDAP überall da, wo sie auch offiziell die Regierungsgeschäfte übertragen bekam, als hervorragender Einpeitscher der Notverordnungspolitik bewährt. Je stärker der faschistische Kurs zum Ausdruck gebracht wird, desto mehr verringert sich auch der äußere Abstand zwischen der führenden Partei, dem Brüning-Zentrum, und der NSDAP. Offen tritt jetzt aber auch die grundsätzliche Uebereinstimmung zwischen allen Parteien der kapitalistischen Diktatur zutage, denn die Hauptstütze des Brüning-Regimes, die SPD, ist es, die die Forderung auf Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs erhoben hat, der jetzt die gemeinsamen Verhandlungen Brüning-Groener-Hitler und Brüning-Groener-Wels folgen. Ganz unverhüllt hat sich bereits die Kölner sozialdemokratische „Rheinische Zeitung", das Organ des berüchtigten Sollmann, für die Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs eingesetzt und das mit folgenden Worten unterstrichen:

> **„Wir halten es für selbstverständlich, daß ein solcher Versuch gemacht werden muß, wenn der Reichspräsident sich bereit erklärt, einem solchen Rufe der Volksvertretung Folge zu leisten."**

Das schrieb das SPD-Blatt noch vor Bekanntwerden der Verhandlung mit Hitler. Die „Dresdner Volkszeitung" wagte es am gestrigen Tage, sich unumwunden zu stellen auf die Zustimmung der SPD zur Verlängerung der Hindenburg-Diktatur zu verschweigen. Gleichzeitig triumphiert sie jetzt über „den Umfall Hitlers", von dem sie sagt, daß die Beteiligung Hitlers zu einer Verlängerung der Präsidentschaft den Weg an die Futterkrippe für die Nazis darstellt. Im Zusammenhang mit dem Neujahrsglückwunsch Hitlers jubelt sie:

> **„Die NSDAP hat bisher gegen Hindenburg gehetzt, ihm sozusagen die nationalen Ehrenrechte abgesprochen und hat mehrfach den Ruf nach einem nationaleren Reichspräsidenten ausgestoßen — jetzt schreibt ihr ihm Gratulationen. Unseren Glückwunsch!"**

Dem selben Hindenburg, dem Herr Hitler seine Glückwünsche ausspricht, von dem die NSDAP nach den Worten der „Volkszeitung" den Weg zu den Futterkrippen geebnet bekommen soll, diesem selben Hindenburg verlängert die SPD die Amtszeit und schließt so offen die Einheitsfront mit Hitler auf der Grundlage der Aufrechterhaltung und der Verschärfung der kapitalistischen Diktatur.

Besonders bedeutungsvoll ist jedoch das Zustandekommen der offenen Einheitsfront Wels-Brüning-Hindenburg-Hitler durch die unmittelbare Ursache: In diesen Tagen werden die Vertreter der deutschen Bourgeoisie mit den Young-Mächten den Ruhrhandel um Reparationen und Tribute führen. Dazu mobilisiert jetzt die herrschende Klasse beide Flügelgruppen, und die NSDAP, die angebliche „Kämpferin gegen das Youngsystem" findet sich in der Front mit den Herren Wels und Breitscheid! Die Volksgemeinschaft auf der Grundlage des großkapitalistischen Youngsystems tritt damit offen zutage. Sie soll den „Burgfrieden" für die deutschen Kapitalisten sichern. In ihrem Auftrag wirken die Wels, Leipart und Aufhäuser die Massenbewegung der Betriebsarbeiter gegen den Lohnraub ab. In ihrem Auftrag benutzen sie die Gewerkschaftsorganisationen zur Hemmung und Brechung der Kampfkraft der Arbeiterklasse. Auf ihren Befehl liefern sie die sozialdemokratischen Proletarier in die Hände der Hitler und Hindenburg!

Die Kommunistische Partei ruft in diesem Augenblick die verratenen und verführten sozialdemokratischen Proletarier zur Massenmobilisierung gegen die faschistische Diktatur. Gegen die Stützung eines Systems, das den Hitlerbanden freie Bahn schafft, die Kommunistische Partei ruft alle Arbeiter zur Sammlung im Kampf gegen den Faschismus! Dieser Kampf um Brot und Freiheit, wird die Front der Knechte des nationalen und internationalen Kapitals von Wels bis Hitler zerstümmeln und zu Boden ringen.